

Positionspapier der FDP-Rathausfraktion zur Unterstützung des Wiesbadener Einzelhandels in der Corona-Krise

Ausgangslage:

Dem Wiesbadener Einzelhandel droht der Kollaps: Laut Umfragedaten des ifo-Instituts sieht sich deutschlandweit ein großer Teil des Einzelhandels massiv in seiner Existenz bedroht. 44,9 Prozent der befragten Unternehmen geben an, sie könnten maximal drei Monate durchhalten. Auch nach Lockerung der Schutzmaßnahmen verläuft das Geschäft im Einzelhandel sehr zurückhaltend und erreichte in der ersten Woche nach Lockerung der Schließungen durchschnittlich nur 40 Prozent der Vorjahreswerte. Einen großen Teil der lokalen Händler werde es nach der Corona-Krise nicht mehr geben, prophezeit der Einzelhandelsexperte Gerrit Heinemann im Interview mit ZDFheute. Schon vor Corona hätten viele kleine Einzelhändler schlechte Karten. Deren Marktanteil habe sich in den letzten Jahren bereits mehr als halbiert und betrug per 2019 noch rund 15 Prozent. Dieser Prozess werde nun durch den "Katalysator Covid-19" beschleunigt.

Auch wenn die Stadtpolitik nicht sämtliche strukturellen Ursachen für den Niedergang des Einzelhandels beseitigen kann, sollte sie doch alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Folgen der gegenwärtigen Krise abzumildern. Mit einer toten Innenstadt nach Abflauen der Epidemie wollen sich die Freien Demokraten nicht abfinden.

Darum schlagen wir die folgenden Sofortmaßnahmen vor:

Sichere und günstige Wege in die Innenstadt schaffen

Die potenzielle Ansteckungsgefahr lässt viele Menschen den ÖPNV vermeiden. Damit sie deshalb nicht auch die Innenstadt vermeiden, müssen attraktive und kostengünstige Alternativwege geschaffen werden. Hier rächt sich die Politik von CDU, SPD und Grünen der vergangenen Jahre, die den Weg in die Innenstadt für Autofahrer so schwierig und teuer wie möglich gemacht haben.

Für Radfahrer sollen an den Außenseiten der Fußgängerzone so schnell wie möglich großflächige, sichere Abstellplätze eingerichtet werden, so z.B. am Kranzplatz und am Luisenplatz. Denkmalschutzrechtliche Bedenken müssen in der kurzen Frist hintanstellen. Mittelfristig sollen diese dann durch hochwertige und städtebaulich verträgliche Radabstellanlagen ersetzt werden.

Der Magistrat soll sich mit den privaten Parkhausbetreibern und den städtischen Gesellschaften dahingehend verständigen, dass jene Parkhäuser, die nicht ausgelastet sind, ihre Stundenparkpreise um 50% senken. Diese Maßnahme soll bis Ende 2020 gelten. Wenn keine Verständigung stattfindet,

soll die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und die Stundenpreise in ihren Parkhäusern auf 0,50 Euro senken.

Einzelhändler und Gastronomie entlasten

Mit der Stundung der Gewerbemieten sind die Stadt und ihre Immobiliengesellschaften mit gutem Beispiel vorangegangen. Der Wirtschaftsdezernent muss nun auch an die privaten Immobilienbesitzer herantreten, um ein tragfähiges Konzept für leistbare Ladenmieten über die nächsten Monate zu finden, an dem sich möglichst viele Immobilienbesitzer beteiligen. Städtische Abgaben für die Straßenreinigung stellen für viele Einzelhändler eine hohe Belastung dar, zumal sie starr und ertragsunabhängig erhoben werden. Der Magistrat soll prüfen, ob die Stadt in den besonders häufig gereinigten (und damit entsprechend teuren) Lagen der Stadt einen höheren Eigenanteil leisten kann.

Die FDP-Rathausfraktion fordert ein bis Ende 2020 begrenzte Änderung der Sondernutzungssatzung, die es der Gastronomie und dem Einzelhandel ermöglichen, Außenflächen vor ihren Läden gebührenfrei zu nutzen.

Innenstadt attraktiv halten

Die Landeshauptstadt sollte den Spielraum nutzen, um im Herbst oder Winter einen zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntag durchzuführen, um Menschen in die Innenstadt zu locken. Kulturinstitutionen, die aufgrund der derzeitigen Lage ihre eigentlichen Spielräume nicht nutzen können, sollten auf den offenen Plätzen in der Innenstadt aufspielen können. Schon vor der Corona-Krise hat der zunehmende Leerstand das Bild der Innenstadt verschlechtert. Dieses Problem wird sich eher verstärken. Freie und freiwerdende Einzelhandelsflächen sollten ebenfalls konsequent zur Zwischennutzung durch Pop-Up-Stores, Start-ups oder Kunstinitiativen herangezogen werden. Dabei könnte die Stadt den Immobilienbesitzern auch geringe Entschädigungen zur Bereitstellung des Raumes zahlen.

Small & Big Data nutzen

Über eine ständige Abfrage der Geschäftsentwicklung bei den Einzelhändlern sowie die Nutzung von Big Data (z.B. über die Daten von Anbietern wie hystreet und pseudonymisierten Mobilitätsdaten soll die Stadt stets über die Entwicklungen in der Innenstadt informiert bleiben.

Besucherströme in der Innenstadt können mittlerweile minutengenau abgebildet werden. Die Stadt soll die Daten bei den erhebenden Unternehmen einkaufen und der Öffentlichkeit auf www.wiesbaden.de zur Verfügung stellen. So können alle Bürgerinnen und Bürger von zu Hause aus feststellen, wie viele Personen sich derzeit in der Innenstadt bewegen und können danach entscheiden, ob sie die Innenstadt besuchen wollen. So können Besucherströme über den Tag gestreckt werden.